

# Terror um Menschenrechte – Der *People`s War* der Maoisten

Lisa Ibscher (Text) und Daniel Ammann (Fotos)

Zehn Jahre Demokratie haben Nepal weder Wohlstand noch Frieden gebracht. Immer mehr Menschen, die nichts zu verlieren haben, schlagen sich auf die Seite der maoistischen Rebellen. Die Regierung versucht den Aufstand mit Gewalt einzudämmen. Mehr als 1.600 Menschen wurden bislang getötet.

Die alte Frau erhob sich vom Kerosinkocher, soweit sie das noch konnte mit ihrem Rücken, den die lebenslängliche Feldarbeit für immer gekrümmt hatte. Ein Lächeln überzog ihr zerfurchtes Gesicht, als sie einen Teller *Dal Bhat* über den Tisch schob. Behutsam kauerte sie sich wieder auf den ge-

stampften Lehm Boden, um den Topf mit dem Maisbrei für die eigene Familie auf die Flamme zu setzen. Für den Gast aus Europa ist nur *Dal Bhat* gut genug, Reis mit Linsensuppe. Für die Bergbevölkerung, die sich hauptsächlich von Mais und Hirse ernährt, gilt dies als Festessen. Auch der Becher Milch dazu ist eine

Kostbarkeit – die Büffelkuh gibt keine zwei Liter davon am Tag.

„Du mußt schnell essen“, sagte der 19-jährige Enkel, „bald beginnt es zu dunkeln“. Obwohl die übrigen Familienmitglieder noch nicht einmal von der Feldarbeit zurückgekehrt waren, war es Zeit zum Aufbruch: Um sieben Uhr,



Öffentliche Prügelstrafe





### Maoisten machen mobil

wenn die Dämmerung hereinbrach, mußten wir im Ortszentrum zurück sein, denn später wären wir nicht mehr unbehelligt am Polizeiposten vorbeigekommen.

Eigentlich sollte die Polizei oberhalb des Städtchens Charikot, das im Distrikt Dolakha rund hundert Kilometer östlich von Kathmandu liegt, nur die Telefonantenne bewachen. Doch sie belästigte auch die Dorfbevölkerung so häufig, so daß sich die Familien, die oberhalb der Ortschaft leben, daran gewöhnten, abends keinen Besuch mehr zu empfangen und nicht mehr allein ins Dorf zu gehen. Allerdings gab es in Charikot abends auch nicht viel zu sehen. Sobald die Sonne untergegangen war, leerte sich der Bazar, auf dem tagsüber Gewürze, frittierte Kringel und Saris gehandelt werden. Aus Geländefahrzeugen starteten Polizisten ins Dunkel der Nacht.

Wenige Wochen nach unserer Abreise sprengten die Maoisten den Polizeiposten von Charikot. Die Polizisten waren jedoch bereits abgezogen, wie an vielen anderen Orten, wo die Maoisten das

Sagen haben. Trotz harter Sanktionen weigern sich immer mehr Polizisten, in solchen Distrikten zu arbeiten. Ländliche Polizeiposten gehören zu den bevorzugten Angriffszielen der Rebellen. Nach ihrem Angriff auf Charikots Polizei schafften die Maoisten in den Schulen die Landeshymne sowie den Sanskritunterricht ab und zeigten sich unmühsam auf den Märkten, um für ihre Anliegen zu werben.

### Maoisten machen mobil

Vor fünf Jahren riefen die Maoisten den Bürgerkrieg aus. Seither kommt es alle paar Tage zu Zusammenstößen zwischen Maoisten und Polizei, und nicht selten gibt es dabei Tote. Oftmals sind die Rebellen besser bewaffnet als die Polizei. Sie verstehen sich auch auf die Herstellung von Bomben und Minen. Da spielt vermutlich die internationale Zusammenarbeit mit der *Revolutionary Internationalist Movement* (RIM) eine wichtige Rolle. Denn diesem Dachverband gehören nicht nur verbündete maoistische

Gruppen der Länder Asiens an, sondern möglicherweise auch der in Peru aktive „Leuchtende Pfad“.

Vor rund einem Jahr hat sich der Konflikt zugespitzt: Im Februar 2000 kamen 15 Polizisten ums Leben, als die Maoisten einen Polizeiposten im Distrikt Rolpa in die Luft jagten. Zwei Tage später ging die Polizei dem Tipp nach, die Rebellen hätten sich im nahen Dorf Khara versteckt. Die verratenen Rebellen eröffneten das Feuer und die Polizei forderte sofort Helikopter zur Verstärkung an. Das Dorf wurde aus der Luft in Brand gesetzt. Polizisten zerrten fünfzehn Dorfbewohner aus ihren Häusern und exekutierte sie als Maoisten-Sympathisanten – oder tötete sie bei einem Schußwechsel, wie die Polizisten entgegen Zeugenberichten behaupteten. Nachträglich stellte sich heraus, daß unter den vermeintlichen Maoisten fünf Mitglieder der regierenden *Nepali Congress*-Partei waren.

Mit einem „bewaffneten Streik“ legten die Rebellen Anfang April zum wiederholten Male das Land lahm. Fast alle Län-



den blieben geschlossen, der öffentliche Verkehr wurde eingestellt, und kaum jemand wagte sich mit dem Privatwagen auf die Straße. Touristen mußten in den Hotels bleiben. Zuvor waren in einer einzigen Woche bei diversen Auseinandersetzungen 55 Menschen getötet worden.

### Redemokratisierung: Aufbruch in die Krise

Vor elf Jahren wurde in Nepal die Demokratie wiederhergestellt und ein Mehrparteiensystem ins Leben gerufen. Die kommunistische Partei Nepals, die damals Marxisten, Leninisten, Maoisten und weitere linke Strömungen vereinigte, war die stärkste Oppositionspartei. Der *Nepali Congress* ging aus den ersten Wahlen als Regierungspartei hervor. Die Bevölkerung setzte große Hoffnungen in die gewählte Regierung, das Land aus dem wirtschaftlichen Desaster und den inneren Spannungen führen zu können.

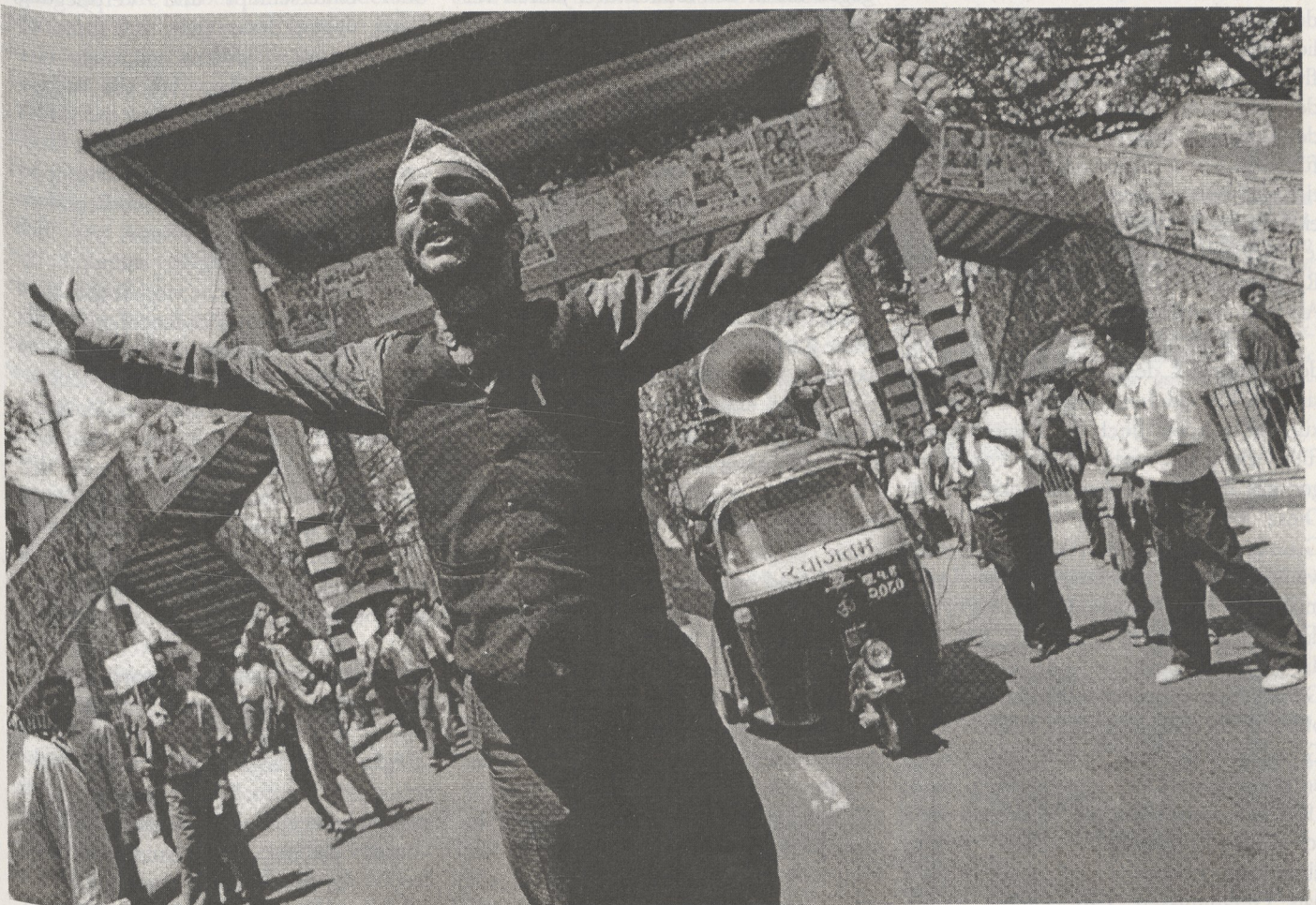
Da einige der neuen Regierungsmitglieder unter dem vorangegangenen zentralistischen *Panchayat*-Regime als Oppositionelle im Gefängnis gesessen

hatten, sah es aus, als würde eine neue Ära anbrechen. Doch die neuen Regierungsmitglieder begannen, sich ebenso machtgerig wie ihre Vorgänger zu gebärden und sich selbst und ihrem Clan Vermögen und Privilegien zu sichern. Die Hoffnung, daß die Demokratie die ersehnte Wende für die Unterprivilegierten des Landes bringen würde, zerschlug sich bald. Ein Korruptionsskandal folgte dem anderen und mehrmals wechselte die Regierung in rascher Folge, noch bevor sie ihre Arbeit richtig aufnehmen konnte.

Seit 1991 waren zehn verschiedene Regierungen an der Macht. In manchen Bereichen, beispielsweise in der Waldbewirtschaftung, erhielten die Distrikte und Gemeinden zwar auf dem Papier mehr Autonomie, doch die Realität hinkt der Gesetzgebung bis heute hinterher. In anderen Bereichen, wie etwa im Schulwesen, folgten auf große Versprechungen, der Staat werde es richten, kaum Taten. Mittlerweile ist das Land zum zweitärmsten der Welt abgerutscht. Zehn Prozent der Bevölkerung verdienen die Hälfte des gesamten Einkommens. Die Hälfte lebt unterhalb der absoluten Ar-

mutsgrenze. Wirtschaftlich ist Nepal vom flächenmäßig 22-mal größeren Indien abhängig und es wird von diesem oftmals nicht als autonomer Staat behandelt, sondern als arme Provinz. Ein Beispiel: Als im Dezember 1999 ein Flugzeug nach dem Start in Kathmandu entführt wurde, stellte Indien den Luftverkehr mit Nepal für ein halbes Jahr ein. Die Folge: Der Tourismus, Nepals einzige Wachstumsbranche außer der Wasserkraft, erlitt einen schweren Einbruch.

1995 forderte der maoistische Flügel der kommunistischen Partei in vierzig Punkten unter anderem freie Wahlen, ein Ende der Korruption und der Folter. Andernfalls würde er in den Untergrund gehen und sich mit Gewalt „gegen den halbfeudalen, halbkolonialistischen Staat durchzusetzen, um eine neue Volkdemokratie zu schaffen“. Da die Regierung bis zum Ablauf des gesetzten Ultimatums keine Anstrengungen unternahm, die erwähnten Probleme zu lösen, rief die Partei im Februar 1996 den Bürgerkrieg aus und machte ihre Drohung wahr. Zuerst griffen die Rebellen einige ländliche Polizeiposten, die staatliche Agrarbank sowie die Pepsi-Fabrik in



Demonstration gegen Menschenrechtsverletzungen



Kathmandu an und verteilten den ererbten Besitz unter der Bevölkerung, um ihre Botschaft zu lancieren: „Wir geben euch zurück, was der Staat und die Reichen euch gestohlen haben.“ Heute bedrohen sie Lehrer und andere Staatsangestellte, die ihrem Auftrag nicht nachkommen. Sie verbrennen die Schuldscheine der Darlehen, die reiche Landbesitzer den Mittellosen zu Wucherzinsen gewähren. Letztere sind oft gezwungen, sich bei der Aufnahme von Krediten auf solche horrenden Konditionen einzulassen, da Nepals Banken noch nicht einmal solventen Kunden Kredite zu akzeptablen Bedingungen bieten. Die Bevölkerung dankt es den Maoisten mit breiter Unterstützung, daß sie mit ihren rabiaten Methoden endlich gegen sämtliche Mißstände vorgehen, die Alltag der Menschen seit Jahren erschweren.

### Massive Menschenrechtsverletzungen

Obwohl die Rebellen seit dem Beginn des Bürgerkriegs rund 300 Menschen töteten, hat die Bevölkerung vor ihnen weit weniger Angst, als vor der Polizei. Wer von den Maoisten bedroht wird, kennt in der Regel den Grund dafür. Hauptsächlich Verräter, Politiker und sonstige einflußreiche Persönlichkeiten, die sich in den Augen der Maoisten etwas zu Schulden kommen ließen, werden getötet, entführt oder von improvisierten „Volksgerichten“ verurteilt und bestraft. Weder einheimische Politiker noch internationale Beobachter nahmen zu Beginn die Rebellengruppe und ihre Robin-Hood-Aktivitäten ernst.

Mittlerweile gelten sie als Bedrohung der Sicherheit des Landes. Wiederholt sind Verhandlungsgespräche angekündigt worden, doch die Regierung erfüllte die damit verbundenen Forderungen der Rebellen bisher nie ausreichend. Diese betreffen einzig demokratische Grundrechte: Daß die Polizei ihre Gewaltakte stoppt, daß unabhängige Kommissionen Vorfälle wie die des angezündeten Dorfes Khara untersucht, und daß die Regierung bekannt gibt, wo sie die Gefangenen versteckt hält, die sie ohne offizielle Bestätigung, ohne Angabe von Gründen und ohne Prozeß gefangen genommen hat. Laut *Insec*-Jahrbuch sind 1999 auf diese Weise 73 Menschen verschwunden. Insgesamt sitzen derzeit über 1.500 politische Gefangene in Nepals Gefängnissen. Laut Padma Ratna

Tuladhar, einem ehemaligen links-unabhängigen Minister, der heute als Präsident der Dachorganisation FOPHUR (*Forum for the protection of human rights in Nepal*) die Vorbereitungen der Maoistengespräche beratend begleitet, simple Forderungen, die sich mit den Anliegen der Menschenrechtsgruppen decken. „Die Regierung redet immer von einem Terrorismusproblem, dabei handelt es sich beim *people's war* um eine politische Frage“, sagt Gopal Krishna Shiwakoti von der Menschenrechtsorganisation *Inbured International*.

Offenbar will Premierminister Girija Prasad Koirala das Problem jedoch mit Gewalt statt im Dialog lösen. Mit einer Teilmobilisierung der Armee und einem Dekret, das die Polizei ermächtigen soll, „auf jeden zu schießen, der bei einem gewalttätigen oder subversiven Akt gesehen wird“, provozierte die Regierungspartei die Rebellen wiederholt, worauf diese die Gespräche platzen ließen. Auch die parlamentarische Linke bekämpfte in der Wintersitzungsperiode des Parlaments Gesetze, welche die Schlagkraft der Polizei erhöhen sollten.

Nicht nur die Maoisten wehren sich gegen die in den letzten drei Jahren verstärkte Praxis der nepalesischen Behörden, unliebsame Bürger einfach „verschwinden“ zu lassen. Ex-Minister Tuladhar war dabei, als vor zwei Jahren eine Delegation angesehener Bürger beim damaligen Premierminister Krishna Prasad Bhattarai vorsprach, um ihre Sorge über das Schicksal dieser Menschen auszudrücken. Bhattarai antwortete leicht hin: „Tut mir leid, aber die sind bereits getötet worden.“ Der Skandal war perfekt. Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen riefen daraufhin zu Demonstrationen auf, aber es gelang nicht, für die Forderung nach Aufklärung eine einflußreiche Mehrheit zu mobilisieren.

### Maoisten auf dem Vormarsch

Während die Regierung zögert und sich die Menschenrechtler über die Unverfrorenheit der Machthaber die Augen reiben, wächst der Einfluß der Maoisten kontinuierlich. 45 der 75 Distrikte Nepals gelten als betroffen. In vielen von ihnen wissen die Maoisten eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich und haben die lokalen Behörden in der Hand. In vier Distrikten haben sie offiziell die Kontrolle übernommen, eine eigene

Verwaltung und eigene Gerichte eingeführt.

Gegenbewegungen zum heutigen System, wie der Maoismus eine zu sein verspricht, fallen in den abgelegenen, schwer zugänglichen Gebieten auf fruchtbaren Boden. Sie haben nach zehn Jahren Demokratie weder eine funktionierende Schule noch ein Gesundheitswesen oder auch nur eine Trinkwasserversorgung erhalten, während in Kathmandu die Villen aus dem Boden schießen. Das niedrige Bildungsniveau der Nepali, die zu Dreivierteln Analphabeten sind, und der mangelnde Zugang zu Informationen stehen in einem scharfen Kontrast zum hohen politischen Bewußtsein der Landbevölkerung. Jeder Bauer hat sich seine Meinung gebildet, und jeder auf dem Land weiß, wer auf welcher Seite steht. Doch das Volk wird stärker durch die traditionellen Unterschiede der verschiedenen ethnischen Gruppen, Kasten und Clans gespalten, als durch die Parteien, deren Programme sich kaum unterscheiden.

Selbst wer mit den Maoisten nichts im Sinn hat, gerät leicht zwischen die Fronten. Die Maoisten verlangen „Spenden“ oder Unterschluß und Verpflegung; Forderungen, denen man sich kaum widersetzen kann. „Wenn ich mein Heimatdorf besuche, lasse ich alle Wertsachen in Kathmandu“, sagt ein junger Nepali. Obwohl man ihn in seiner Region kenne, würde ihm gewaltsam jeder Fingerring mit den vorwurfsvollen Worten abgenommen: „Schämst du dich nicht, Gold zu tragen, während die Landbevölkerung nicht einmal genug zu essen hat?“ Noch gravierender als der materielle Verlust wirkt sich in solchen Fällen häufig der Umstand aus, daß jeder, der die Forderungen der Maoisten erfüllt, die Polizei gegen sich aufbringt.

Es genügt schon, keinen Ärger mit den Maoisten zu haben, um unter Verdacht zu fallen, mit ihnen zu kollaborieren. Fremde Besucher oder gar Polizisten können die erklärten „Maoistengegenden“ nicht mehr betreten.

### Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Fronten

Viele Feldelegierte von Hilfsprojekten, die in ihrem Gebiet bekannt sind, werden hingegen nicht behelligt. Deshalb werden manche Projektmitarbeiter als Maoistensympathisanten betrachtet. Dies erschwert die Arbeit der internationalen



und lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und der staatlichen Hilfsprojekte. Doch auch die Maoisten machen gegen die ausländische Hilfe Stimmung. Dazu Kul Raj Ghimire, Koordinator der nepalesischen Menschenrechtsorganisation GRINSO: „Sie sagen, die Helfer würden nur westliche Interessen verfolgen, uns bevormunden und der Befreiung des Volkes entgegenwirken“. Tatsache ist, daß die Hilfsorganisationen viele Aufgaben übernommen haben, die eigentlich Staatssache wären, da sich sonst niemand darum kümmern würde. Zudem sind viele Organisationen eng mit dem nepalesischen Staat verknüpft, da in Nepal kein Hilfswerk ohne den Segen der Regierung arbeiten kann.

„Ein paar korrupte NGOs haben das Image verdorben“, klagt Ghimire. Es sei verhängnisvoll, daß diese den Eindruck vermittelt hätten, die Hilfe komme nur den Reichen zugute. „Darunter leiden jetzt alle, die in diesem Land friedlich etwas ändern wollen“, ist Ghimire überzeugt. Etwa die britische Entwicklungsorganisation *Action Aid*: Ihr Büro im Distrikt Sindhupalchok wurde überfallen und ausgeraubt. Ein paar Monate später setzte sie ihre Arbeit mit veränderten Strategien fort. „Man kann ja nicht ewig in Angst leben“, spricht sich Keshav Gautam von *Action Aid* selbst Mut zu. „Aber das ist gleichzeitig das Schrecklichste an Menschenrechtsverletzungen: Die Gewöhnung daran. Vor zehn Jahren wäre es noch ein Skandal gewesen, wenn die Polizei jemanden getötet hätte, heute ist es bereits Alltag“, meint Gautam nachdenklich.

Obwohl Nepal alle wichtigen internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet hat, sind beispielsweise 1999 in den Auseinandersetzungen 436 Menschen von der nepalesischen Polizei getötet worden. Mehr als die Hälfte wurden Opfer sogenannter „extralegalen Hinrichtungen“. Dabei werden Verdächtige werden nach ihrer Festnahme ermordet, anstatt sie einem ordentlichen Gericht vorzuführen. Auch Berichte von Folterungen mehren sich.

„Was wir hier haben, ist die Abwesenheit sämtlicher demokratischen Normen und Werte seitens der Regierung“, sagt Kali Bahadur Rokaya vom *People's rights concern movement*. „Die Rechtsstaatlichkeit, die meiner Meinung nach die Grundlage eines demokratischen Staates ist, scheint zu verschwinden. Wie sollen da die Men-

schen Vertrauen in die Demokratie fassen?“, klagt Rokaya. Er kritisiert, die internationale Gemeinschaft würde mehrheitlich dazu schweigen: „In unserer Situation verstehen wir das als stillschweigende Zustimmung zu den Menschenrechtsverletzungen der Regierung. Die Entwicklungsgelder fließen, als ob alles in bester Ordnung sei.“

Anton Hagen, Koordinator der *Swiss Agency for Development and Cooperation* (SDC) kontert: „Das kann man so nicht sagen. Wir arbeiten mit dem Privatsektor, nichtstaatlichen Organisationen und auch mit dem Staat zusammen, weil man ohne ihn auf diesem Gebiet nicht viel verändern kann“. Die internationalen Geberorganisationen seien vielmehr sehr besorgt über die Situation, auch weil diese eine gesunde Entwicklungszusammenarbeit unmöglich mache. „Wir setzen uns dafür ein, daß der Konflikt mittels Dialog und nicht mit Gewalt gelöst wird“, betont Hagen. Dafür sei in der *Donor*-Koordination (Anm. der Red.: Gemeint ist der Dachverband der wichtigsten westlichen Geberländer Nepals) eine Gruppe Sicherheit gegründet worden. „Zudem arbeiten zahlreiche *Good-Governance*-Projekte an den Ursachen des Problems, etwa mit Polizeiausbildung, Korruptionsbekämpfung, Dezentralisierungsbemühungen und Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen“, argumentiert Hagen. Er ist überzeugt: „Ohne internationalen Druck gäbe es noch immer keine Menschenrechtskommission.“

Tatsächlich ist diese nach dreijähriger Hinhaltenaktik im Frühling 2000 gebildet worden, nachdem das Anliegen auch vom britischen Außenminister Robin Cook und von Pierre Sané, Generalsekretär von *amnesty international* auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Damit geht für Menschenrechtler in Nepal ein Alptraum zu Ende. Vereinzelte Freilassungen „verschwendener“ Gefangene und diese Menschenrechtskommission sind für sie momentan der einzige Lichtblick.

Die Autoren: Die Schweizer Journalistin Lisa Ibscher und der Fotograf Daniel Ammann, beide 28, haben im Jahr 2000 zehn Wochen in Nepal journalistisch gearbeitet. Der Aufenthalt wurde durch ein Stipendium der in Bern ansässigen Christoph-Eckenstein-Stiftung ermöglicht. Weitere Artikel als Ergebnis dieses Aufenthalts sind erschienen im Magazin der Basler Zeitung, im Tages-Anzeiger und in der Kulturzeitschrift Saiten.

[lisa@ibscher.ch](mailto:lisa@ibscher.ch)  
[ammann@fotograf.ch](mailto:ammann@fotograf.ch)

**Internet-Infotipp:** Weitere Informationen aus erster Hand über die Ziele der Maoisten auf ihrer Website [www.maoist.org](http://www.maoist.org) (Nepal). Zuverlässige und aktuelle Informationen über Menschenrechtsverletzungen in Nepal findet man unter [www.amnesty.org](http://www.amnesty.org) (Nepal). Eine Auswahl tagesaktueller Nachrichten und Hintergrundberichte sowie Links zu nepalesischen Medien und solchen, die regelmäßig über Nepal berichten, listet die Website [www.nepalnews.com.np](http://www.nepalnews.com.np) auf. Als Internetportal zu Nepal sei vor allem die von SÜDASIEN-Autor Dr. Karl-Heinz Krämer publizierte Adresse [www.nepalresearch.com](http://www.nepalresearch.com) empfohlen.